



IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen



STELLUNGNAHME

Ihr(e) Ansprechpartner(in)
Dr. Matthias Mainz
E-Mail
Matthias.Mainz@ihk-nrw.de
Telefon
0211 367 02-14
Datum
27.01.2023

Schriftliche Stellungnahme von IHK NRW zur Anhörung am 1. Februar 2023

„NRW auf dem letzten Platz – nach katastrophalem Schrumpfen der Wirtschaft muss die Landesregierung mit aktiver Wirtschaftspolitik die Wende schaffen“, Antrag der SPD-Fraktion (Drucksache 18/1692)

Konjunkturelle Ausgangslage im Herbst 2022

Die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen wurde in den vergangenen Jahren von der Bewältigung der akuten Krisen beherrscht: Corona, die Flutkatastrophe, die Folgen des Krieges Russlands gegen die Ukraine, die damit verbundenen enormen Preisanstiege für Energie und Rohstoffe sowie die Störungen in globalen, wie lokalen Lieferketten, haben die Verletzlichkeit unserer NRW-Wirtschaft aufgezeigt.

Über den Sommer 2022 hatte sich die Lage in vielen, vor allem energieintensiven Unternehmen, erneut zugespitzt. In den Konjunkturumfragen der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen zum Herbst 2022, fiel die Bewertung der wirtschaftlichen Lage schlechter aus als in der Finanz- und auch in der Coronakrise. Zwar liefen die Geschäfte vielfach noch stabil, angesichts der Rekordpreise für Energie und Rohstoffe im Sommer 2022 erwarteten die Unternehmen für den Herbst und Winter 2023/2023 jedoch eine starke Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung. Während in der Umfrage der Lageindikator um 10 Punkte noch relativ moderat nachgab, fiel der Indikator zu den Erwartungen auf einen neuen Tiefststand von minus 42 Punkten. Betroffen zeigten sich dabei vor allem energieintensive Unternehmen aus der Industrie, aber auch Branchen wie das Gastgewerbe, der Tourismus und der Handel, die bereits durch die herausfordernden Jahre der Coronakrise stark beeinträchtigt worden sind.

Auf die heraufziehenden Krisen und die gestiegenen Kosten reagierten viele Unternehmen unmittelbar, in dem sie Produktion am Standort reduzierten oder an andere Betriebsstätten verlagerten sowie ihre Planungen für Investitionen, Exporte und Beschäftigung restriktiv ausrichteten. Bei den Investitionen, die angesichts der Transformationen zur Nachhaltigkeit und der Digitalisierung dringend erforderlich sind, sank der Indikator um 16 auf minus 11 Punkte. Damit gab eine Mehrheit der Unternehmen an, ihre Investitionen zurückzufahren ([Konjunkturbericht IHK NRW, Herbst 2022](#)). Ohne ein unmittelbares Eingreifen drohte im Herbst 2022 ein deutlicher Einbruch der Wirtschaftsleistung ([DIHK, Herbst 2022](#)).



Konjunkturelle Aussichten zum Jahresbeginn 2023

Die Ergebnisse der Konjunkturumfragen der Industrie- und Handelskammern zum Jahresbeginn 2023 liegen für Nordrhein-Westfalen insgesamt noch nicht vor. Dennoch zeichnet sich ab, dass sich die wirtschaftliche Lage in vielen Unternehmen nicht so stark verschlechtert hat, wie im Herbst zu befürchten war. So deuten erste Umfragen in den IHKs in NRW und auch von anderen Instituten darauf hin, dass ein breites Abrutschen der Wirtschaft verhindert werden konnte. Die Bundesregierung und auch die Wirtschaftsforschungsinstitute sehen Deutschland zum Jahresbeginn 2023 gleichwohl in einer, wenn auch schwächeren, Rezession. Im günstigsten Fall wird die Wirtschaftsleistung stagnieren ([BMWK, Januar 2023](#)).

Als Industrieland wird Nordrhein-Westfalen stärker von der Abschwächung betroffen sein als andere Regionen in Deutschland. Viele Unternehmen, insbesondere in der energieintensiven Industrie, haben aufgrund mangelnder Rentabilität in den vergangenen Monaten ihre Produktion in NRW gedrosselt, auf Aufträge verzichtet oder an ausländische Standorte verlagert. Dies zeigt sich in den Statistiken zur Industrieproduktion. Im Jahresvergleich lag die Industrieproduktion im November 2022 um 4,3 Prozent unter dem Vorjahresniveau und 8,2 Prozent niedriger als noch im November 2019. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe lagen im November 2022 um elf Prozent niedriger als im November 2021. Besonders betroffen sind hierbei die Produzenten von energieintensiven Gütern in der Vorleistungsgüterindustrie ([IT.NRW, Januar 2023](#)). In der Krise hat sich der Druck auf die Wertschöpfungsketten in NRW erhöht, da infolge von Produktionsreduktionen Vorprodukte fehlen oder zu erhöhten Kosten beschafft werden müssen.

Die schnellen Reaktionen von Bundes- und Landesregierung auf das Krisenszenario im Herbst, mit Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung sowie der Ankündigung breiter Hilfsprogramme, haben zu einer Beruhigung der Märkte beigetragen und vielen Unternehmen Hoffnung auf eine Lösung gemacht. Auch dank eines bislang milden Winters und der unternehmerischen Anstrengungen zur Einsparung von Energie, konnte die befürchtete Gasmangellage verhindert werden.

Gebannt sind die fundamentalen Risiken für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen damit jedoch keineswegs. Denn, auch wenn sich die Lage zum Jahreswechsel auf der Preisseite entspannt hat, deuten die Umfragen der IHK-Organisation an, dass der Anteil an Unternehmen, die aufgrund der hohen Strom-, Gas- oder Kraftstoffpreise eine Verlagerung von Produktionskapazitäten prüfen, in einigen Industriebranchen hoch bleibt. Es zeigt sich, dass in der Krise das grundsätzliche Vertrauen vieler Unternehmen in den Standort erschüttert worden ist. Die Folgen des Kriegs in der Ukraine, die Einschränkungen in wichtigen Liefer- und Transportketten – international und auch im Land – haben die Fragilität des Standorts deutlich gemacht. Viele Unternehmen überprüfen derzeit ihre Lieferketten auf Versorgungsproblemen bei Energie, Rohstoffen und Vorprodukten und richten diese krisenfester aus. In Nordrhein-Westfalen sollten daher die strukturellen Risiken stärker in den Fokus genommen werden, um einer drohenden De-Industrialisierung entgegenzuwirken.

Ausblick auf 2023/2024

Als unmittelbare Herausforderung steht die Sicherung der Energieversorgung in der Kälteperiode 2023/2024 im Fokus. Auch wenn eine Mangellage im aktuellen Winter wohl verhindert werden kann, ist die Gefahr einer Verschärfung der Krise im kommenden Winter 2023/2024 keineswegs gebannt.

Mit Blick auf die weiteren Jahre erwarten die Unternehmen verbindliche Vereinbarungen, wie die Versorgungssicherheit am Wirtschaftsstandort NRW mit ausreichender und bezahlbarer Energie gesichert werden kann. Wettbewerbsfähige Energiepreise lassen sich letztlich nur über ein ausreichendes Energieangebot herstellen. Über ein verbindliches Monitoring sollte der Ausbau der erforderlichen Kapazitäten im Bereich der Erneuerbaren Energien – inkl. dazugehöriger Infrastruktur wie Pipelines, Netzen und Elektrolyseuren – kontinuierlich validiert und weitere Entscheidungen auf der Angebotsseite hierauf abgestimmt werden.



Die für den nachhaltigen Wandel erforderlichen Investitionen der öffentlichen Hand, wie die von Privaten, können nur gelingen, wenn die Geschwindigkeit des Handelns massiv erhöht wird. In den Unternehmen, mehr noch in der öffentlichen Verwaltung werden neue Prozesse für Planung, Genehmigung und die tatsächliche Realisierung von Projekten benötigt.

So wichtig die Finanzierungshilfen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit im aktuellen Winter sind, werden weitere Rettungsmaßnahmen die strukturellen Probleme auf der Angebotsseite allein nicht ausgleichen können. Da sich derzeit abzuzeichnen scheint, dass ein großer Anteil der betroffenen Unternehmen aufgrund der konkreten Ausgestaltung nicht in dem Maße von den Energiepreisbremsen und den darauf aufbauenden Härtefallregelungen profitieren werden kann, sollte nun die Diskussion begonnen werden, wie langfristig ein wettbewerbsfähiges Strommarktdesign gestaltet und unter den Restriktionen des EU-Beihilferechts, ähnlich wie in anderen europäischen Nachbarländern, umgesetzt werden kann.

Zur Gestaltung der nachhaltigen, wie auch der digitalen Transformation sind allein in NRW jährlich zusätzliche Investitionen von bis zu 55 Mrd. Euro erforderlich, wie das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln schätzt. Angesichts dieser Summen ist klar, dass für die Finanzierung öffentliche Mittel allein nicht ausreichen. Um stärker privates Kapital für den Wandel zu aktivieren, müssen die Chancen der Transformation klar zu erkennen und abschätzbar sein – und die Risiken bei der Realisierung, durch eine enorme Beschleunigung bei Planung und Genehmigung, deutlich reduziert werden. Auf Seiten der öffentlichen Hand ist eine harte, prioritäre Auswahl der geplanten öffentlichen Maßnahmen nach Effizienzkriterien erforderlich.

Aus unternehmerischer Sicht hängt die Finanzierung der Transformation vor allem an den Chancen, die sich im Wandel realisieren lassen. Durch neue Berichts- und Nachweispflichten sollen Investitionen von Unternehmen in nachhaltige Projekte gelenkt, die Entwicklung nachhaltiger Geschäftsmodelle gefördert und dem Finanzsektor Anreize gesetzt werden, sich nachhaltig auszurichten. Zunächst führen die neuen Regulierungen zu Unsicherheit und einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand bei der Finanzierung. Vielfach fehlen den Unternehmen klare und faire Wettbewerbsbedingungen sowie ein belastbares Handlungsverständnis, welches langfristige Planungen erlaubt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichert und Innovation am Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen ermöglicht. Wenn diese Rahmenbedingungen stimmen, kann die Transformation aus sich heraus Kraft entfalten und einen neuen, nachhaltig ausgerichteten Wachstumszyklus, mit einem intelligenten Umgang natürlicher Ressourcen anschieben.

Politik sollte sich daher auf die Schaffung wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen konzentrieren. Die Transformation hin zum nachhaltigen Wirtschaften fällt mit der zweiten Umwälzung aus der fortschreitenden Digitalisierung zusammen. Beide Transformationen verändern das Leben und Arbeiten gleichermaßen grundlegend und sollten daher verbunden angegangen werden. Im Rahmen einer von der IHK-Organisation in gesamt Deutschland im Spätherbst 2022 durchgeführten Umfrage zum Stand der Digitalisierung in den Unternehmen, wird deutlich, dass es trotz Fortschritten noch immer Defizite bei der Breitbandinfrastruktur in NRW gibt. Demnach entspricht etwa bei einem Fünftel der Unternehmen (18,8 Prozent) die aktuelle Breitband-Verfügbarkeit weiterhin nicht dem unternehmerischen Bedarf. Bei rund 6 Prozent (5,9 Prozent) der antwortenden Unternehmen steht sogar überhaupt kein schnelles Internet am Unternehmensstandort zur Verfügung.

Ungeachtet der Krisen der vergangenen Jahre, ist die Versorgung mit ausreichenden Fachkräften das zentrale Risiko für die Unternehmen in NRW. In nahezu allen Branchen herrscht derzeit akuter Personal- und Fachkräftemangel. Besonders angespannt ist die Lage in den Branchen, die für die Transformation des Wirtschaftsstandortes notwendig sind ([DIHK-Fachkräftebericht, 2023](#)). Laut IHK-Fachkräftemonitor NRW liegt aktuell ein Fachkräftengpass von 350.000 wirtschaftsnahen Fachkräften vor. Dabei entfällt der größte Teil mit 305.000 (rund 87 Prozent) auf beruflich qualifizierte.



IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern
in Nordrhein-Westfalen

Der Engpass bei akademisch Qualifizierten liegt bei 44.000 (rund 13 Prozent). Da die Herausforderung der Fachkräftegewinnung im Wesentlichen demographisch bedingt ist und in den nächsten Jahren viele Fachkräfte aus der Babyboomer-Generation in den Ruhestand eintreten werden, könnte der Engpass bis zum Jahre 2035 kontinuierlich auf rund 1.300.000 anwachsen ([IHK NRW, 2023](#)).

Zu den spezifischen Herausforderungen des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen zählt nicht zuletzt der kritische Zustand vieler Infrastrukturen. Offenkundig werden die Probleme bei den Brücken. Sperrungen wie die der Rahmedetal-Brücke auf der A45 führen nicht nur zum Verkehrskollaps in der Region, sie belasten auch die Versorgung regional, zerschneiden überregionale Lieferketten und Pendelwege. Durch die Einschränkungen auf den Ausbildungs- und Arbeitsmärkten verschärfen sie den Fachkräftemangel in der Region. Die Leistungsfähigkeit der zentralen Infrastrukturen bleibt auch für die nachhaltige Transformation ein Schlüsselfaktor.

IHK NRW ist der Zusammenschluss der 16 Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. IHK NRW vertritt die Gesamtheit der IHKs in NRW gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie den für die Kammerarbeit wichtigen Behörden und Organisationen.